

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pfl., monatlich 22 Pfl., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 5. Juni 1920

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Tagesanzeigen 20 Pfl. die fünfzeilige Zeile; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Reklamengenen 60 Pfl. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 61

Tarif-, Arbeits- oder Berufsgemeinschaft?

Im Brennpunkte der diesjährigen Generalversammlung unseres Verbandes in Nürnberg wird die Tarifgemeinschaft stehen. Und zwar jene Tarifgemeinschaft, die vor bald 25 Jahren in Leipzig gegründet wurde, um durch den jeweiligen „Tarif“ zum Ausdruck zu bringen, was für die gegenseitigen Beziehungen und Leistungen zwischen Gehilfen und Prinzipalen im deutschen Buchdruckgewerbe „allgemein als gerecht und billig anzusehen und Rechtens sein soll“. Der schriftliche Ausbau dieser Tarifgemeinschaft hat nach und nach zu einer sozialen Wirtschaftsgemeinschaft im deutschen Buchdruckgewerbe geführt, die für viele andere Gewerbe, wie überhaupt für das ganze organisatorische Vertragsverhältnis zwischen Unternehmertum und Arbeiterchaft bis weit über Deutschlands Grenzen hinaus in der Vergangenheit vorbildlich geworden war. Trotzdem ist es dieser Tarifgemeinschaft letzten Endes verfallen geblieben, die Arbeits- und Lohnverhältnisse für die deutschen Buchdrucker in der Gegenwart so zu gestalten und zu schützen, daß ihr noch die ungeheilte Sympathie der Arbeiterchaft zuteil wird. Das Verlangen nach einer neuen und besseren Regelung der gesamten Arbeits- und Lohnverhältnisse hat mehr und mehr an Macht wie an Berechtigung gewonnen. Dies fand auch seine Befestigung durch den Verlauf und Ausgang der letzten Verhandlungen des Tarifauschusses in der Gutenberghalle zu Leipzig im Mai d. J., wo den in Anbetracht der gesamten Lebensverhältnisse mäßigen Forderungen der Gehilfenvertreter, die sie mit den Worten „Sier stehen wir und können nicht anders!“ besiegelten, ein nicht minder ernstes „Sier stehen wir und können nicht weiter!“ von Unternehmerseite entgegen gestellt wurde.

Und deshalb steht nun zur Frage, ob diese Tarifgemeinschaft prinzipiell wie materiell in Zukunft noch als ausschließliche Grundlage unserer Arbeits- und Lohnverhältnisse gelten kann? Diese Frage wird durch die tatsächlichen Verhältnisse, in der sich gegenwärtig die gesamte Verfassung der Tarifgemeinschaft befindet, beantwortet. Geist und Inhalt der Tarifgemeinschaft sind durch die soziale wie wirtschaftliche Entwicklung der letzten Friedens-, Kriegs- und Revolutionsjahre auf wenige Rudimente zusammengedrumpft. Damit soll der Tarifgemeinschaft keineswegs nachgesagt sein, daß sie auf dem Boden, dem sie entsprochen war, besser und erfolgreicher hätte sein können. Sie stellte eine immer komplizierter werdende friedliche Vereinbarung zwischen stets schärfer werdenden Gegensätzen auf dem Boden der privatkapitalistischen Wirtschaftsform dar, deren Ausbau ihren Schöpfern noch in fernem Zeiten zur Ehre gereichen wird. Wer den Kampf um die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse bis zum Ausbruch der jetzigen Revolution nur vom Hörensagen kennt, oder nur andre aussehend sieht, dem wird es allerdings schwer fallen, die Bedeutung der Tarifgemeinschaft in dieser kulturellen Tragweite zu erkennen. Sie war und ist ein Produkt der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung, deren Aufstieg ihre Entwicklung begrenzte, wie auch deren Verfall ihre allmähliche Auflösung besiegelte. Auf dem kumpften Boden der privatkapitalistischen Wirtschaftsform hat die Tarifgemeinschaft dem deutschen Buchdruckgewerbe eine vierzehnhundertjährige, verhältnismäßig friedliche Entwicklung gesichert. Während in der gleichen Zeit rings um uns her schwere Wirtschaftskämpfe tobten, deren Endziel meistens doch nur ein Waffenstillstand war, der von der übrigen Arbeiterchaft selten erst unter großen Opfern erreicht wurde, blieben uns diese Kämpfe durch die Tarifgemeinschaft zum größten Teil erspart. Wer objektiv und gerecht die bisherigen Verhältnisse der gesamten Volkswirtschaft in Verbindung mit der stets von ihr abhängigen Stellung des Buchdruckgewerbes zu würdigen versteht, der wird zugeben können, daß sich die relativen Ergebnisse der Tarifgemeinschaft in der Vergangenheit gegenüber den Verhältnissen in anderen Industrien und Gewerben bis vor wenigen Jahren noch

sehr wohl sehen lassen konnten. Die Zahl jener Industrien und Gewerbe, deren natürliche Quellen viel ergiebiger waren und sind als jene des Buchdruckgewerbes, ist verhältnismäßig sehr groß. Noch größer aber war unter diesen in der Regel die wirtschaftliche Not und Abhängigkeit ihrer Arbeiter. Und Millionen der letzteren haben in ihren organisierten Zeilen die Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker als Vorbild zu erkämpfen und zu erstreben versucht.

Diese Tatsachen können auch heute noch selbst von prinzipiellen Gegnern der Tarifgemeinschaft anerkannt werden, ohne daß sie dadurch ihre grundsätzlichen Bedenken aufzugeben oder erschüttert zu sehen brauchen. Denn das ganze vorbildliche Wirken und Wesen der Tarifgemeinschaft wurde auch vom größten Teil ihrer Anhänger und Verehrer nie als endgültige Lösung der sozialen Frage beurteilt. Auch für sie war die Tarifgemeinschaft nur Mittel zum Zweck, und zwar in jenem Geiste, dem das Endziel wenig, die Bewegung aber alles ist. Daher ist es auch gar kein Wunder, daß mit der inzwischen eingetretenen Verwitterung des privatkapitalistischen Systems auch jene der Tarifgemeinschaft eingetreten ist. Gerade durch ihren vorbildlichen Ausbau hat sie den endgültigen Beweis erbracht, daß auf dem Boden der privatkapitalistischen Wirtschaftsform eine allgemein befriedigende Lösung der sozialen Frage niemals zu erreichen ist. Und ihr größter Wert liegt gerade darin, daß sie diesen Beweis nicht durch erbitterte Wirtschaftskämpfe, sondern durch jahrzehntelanges friedliches Wirken erbracht hat. Nur wer die Macht der privatkapitalistischen Wirtschaftsform unterschätzt, kann der Tarifgemeinschaft daher einen Vorwurf daraus machen, daß sie zu keinem besseren Resultat geführt hat.

Wir stehen daher auch keineswegs am Grabe unserer Hoffnungen, sondern tatsächlich an einem höhergelegenen Wendepunkte der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung im Buchdruckgewerbe. In diesen Wendepunkt wären wir auch ohne Weltkrieg und ohne Revolution angekommen, weil die Entstehung und der Ausbau der Tarifgemeinschaft die soziale Unzulänglichkeit des privatkapitalistischen Systems immer deutlicher werden ließ, und zwar sowohl geistig wie materiell. Diese Unzulänglichkeit zeigt uns nur einen Weg; und das ist der Abbau aller privatkapitalistischen Schranken, die einer einheitlich und rationell organisierten Vermehrung der geistigen und materiellen Produktionskräfte und -mittel in unserem Gewerbe hinderlich sind. Gerade die Menschenbrödelrolle, zu der unser Gewerbe im Rahmen der Volkswirtschaft in Zeiten der Not als sogenanntes Luxusgewerbe verurteilt ist, zwingt uns mehr als jedes andre Gewerbe dazu, alle verfügbaren und erreichbaren Kräfte in wohlüberlegter Weise ohne jegliche Energievergeubung zusammenzufassen, mit- und füreinander wirken zu lassen. Dazu können und werden uns die Erfahrungen aus der Tarifgemeinschaft auch in Zukunft sicher wesentliche Dienste leisten.

Wir haben es daher auch gar nicht nötig, unsere Hoffnungen auf die sogenannten Reichsarbeitsgemeinschaften zu setzen. Denn diese sind im Grunde genommen auf keinen andern Grundfelsen aufgebaut und können in keiner andern Richtung arbeiten als die bisherige Tarifgemeinschaft im deutschen Buchdruckgewerbe. Ihr günstigstes Ergebnis wird letzten Endes kein andres sein als das die Tarifgemeinschaft heute schon ist, wenn auch auf breiterer Basis. Denn auch sie stützen sich im Rahmen der privatkapitalistischen Wirtschaftsform in ihrem organisatorischen Aufbau wie in ihrer Auswirkung auf das sogenannte Paritätsprinzip, das mit dem Begriffe wahrer Demokratie im schroffen Widerspruch steht und in Wirklichkeit nichts andres als eine verfehlerte Diktatur des Unternehmertums gegenüber der Arbeiterchaft bedeutet. Das Prinzip der Parität ist ein beständiges Zerbrochen der menschlichen Gleichheit und der einfachsten natürlichen Menschenrechte, indem es Millionen von Arbeitern in „rechtlich“ Abhängigkeit von einigen tausend Unternehmern bringt. Mit Geld auf der einen werden Menschen auf der andern Seite gewogen und ins „Gleichgewicht“ gebracht. Und es

ist nur ein Beweis der moralischen Haltlosigkeit der privatkapitalistischen Wirtschaftsform, daß dieses Paritätsprinzip sich in der Vergangenheit erst nach vielen und harten Kämpfen gegen den despotischen „Herrn-im-Haus“ durchzusetzen vermochte. Seine Durchsetzung war aber gegenüber der uneingeschränkten Despotie des Unternehmertums eine unbestreitbare Errungenschaft der Tarifgemeinschaftsidee, die nun in den Reichsarbeitsgemeinschaften eine äußerliche Verstärkung erfährt. Das Paritätsprinzip wird auch hier die stärkste Stütze der privatkapitalistischen Wirtschaftsform bilden, bis seine innere Unzulänglichkeit zu einer menschenwürdigen Lösung der sozialen Frage auch da erkannt wird. Während im politischen Leben nach der neuen Reichsverfassung ein Mensch so viel „gilt“ wie der andre, werden im Rahmen der Tarif- und Arbeitsgemeinschaften heute noch dem Unternehmertum durch die paritätische Zusammenfassung ihrer gelehrenden Körperlichkeiten Vorrechte zugeteilt, deren Umfang und Einfluß sich nur auf dem Besitz an Geld und Produktionsmittel aufbaut. In Wirklichkeit herrscht also in der Paritätsatmosphäre nicht der Mensch, sondern das Geld. Es können daher auch die Arbeitsgemeinschaften nach unzähligen Konferenzen und Debatten unter Einsatz zieliger geistiger Anstrengungen in Wort und Schrift nur zu dem gleichen Ergebnis führen wie unsere Tarifgemeinschaft, wo Arbeiter- wie Unternehmervertreter nach bald 25jähriger „Arbeitsgemeinschaft“ sich sagen mußten: „Sier stehen wir und können nicht weiter!“ Gewiß mag es für manche Arbeitergruppe infolge ihres privatkapitalistischen noch nicht bis zur Erschöpfung ausgebeutelten Arbeitsfeldes möglich sein, mit Hilfe der Arbeitsgemeinschaften manche Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu erringen. Aber auch dies dürfte mit zunehmender Verlagerung der Bodenschätze und Abspannung der Kaufkraft der übrigen Volksgruppen in absehbarer Zeit ein Ende haben. Dabei soll unbestritten bleiben, daß die Reichsarbeitsgemeinschaften in vielen volkswirtschaftlichen Sorgenfragen, wie Rohstoffbeschaffung und -verteilung, Einkauf und Ausfuhrhandel usw., wertvolle Orientierungsquellen und Vorstufen für höhere gemeinwirtschaftliche Zukunftsaufgaben der Arbeiterchaft sind und sein können. Aber verfehlt wäre es dennoch, größere Hoffnungen auf sie zu setzen, weil sie eben auch nur Schöpfungen der privatkapitalistischen Angst um den Profit sind und nicht aus dieser Haut herauskönnen. Die privatkapitalistische Entwicklung bedingt aus sich heraus diesen Lauf der Dinge und kennt keinen andern Weg. Sie schreitet seit Jahrtausenden auf dieser einseitigen Bahn über Staaten und Religionen hinweg, um schließlich in allen wirtschaftlichen und sozialen Fragen oder Problemen da zu landen, wo wir im deutschen Buchdruckgewerbe in der Gegenwart angekommen sind.

Es ist das Verdienst, aber auch zugleich die Tragik der Tarifgemeinschaft im deutschen Buchdruckgewerbe, daß uns deren Entwicklung früher als in andern Erwerbszweigen an die Grenzen der privatkapitalistischen Wirtschaftsform im Buchdruckgewerbe geführt hat. Denn sie hat nicht nur durch ihre Lohnregelung nach den Behauptungen der Prinzipalvertreter die Leistungsfähigkeit der Unternehmer bis aufs „äußerste“ angetrieben, sie hat dies auch bezüglich der Leistungsfähigkeit der Gehilfenchaft erreicht. Aus dieser Sachlage kann uns keine Reichsarbeitsgemeinschaft helfen; sie könnte höchstens uns an und für sich nicht überflüssigen führenden Kräfte nur noch mehr belassen, ohne uns irgendwelche nennenswerte Erfolge zu bieten. Wir sind eben in dieser Hinsicht dank des „verdammtsten Tarifgemeinschaftsabels“ der allgemeinen sozialen Entwicklung vorausgeeilt. Das war jedoch nur möglich, weil wir „rückständigen“ Buchdrucker uns schon lange vorher eine starke gewerkschaftliche Organisation geschaffen haben, ebe andre größere Arbeitergruppen in Deutschland daran dachten. Wir haben nach vielen und harten Kämpfen einen Reichstarif erzielt und zu einem das ganze Buchdruckgewerbe umfassenden Arbeits- und Lohngesetz auf beruflicher Grundlage ohne größere Hilfe der staatlichen Gesetzgebung, ja teilweise ihr zum Trotz, ausgebaut. Und heute noch im Wären und Brodeln der Re-

volution, sehen wir im Rahmen der Reichsarbeitsgemeinschaften Millionen von Arbeitern noch um Reichsstarke ringen, deren Stern bei uns schon den Zenit überschritten hat. Sollen wir nun warten, bis alles um uns so weilt ist an Erfolgen und an Enttäuschungen wie wir? Sollen wir warten, bis alle Reichsstarke, die schon bestehen oder noch im Entstehen begriffen sind, so „reil“ sind wie unsere Tarifgemeinschaften; um dann gleich ihr als Samen einer neuen sozialwirtschaftlichen Ordnung vom Baume der menschlichen Erkenntnis zu fallen? Das kann nicht unsere Aufgabe sein, läßt auch unser vorwärtsstrebender Geist, gedrängt durch unsere berufliche Not, nicht zu. Es wäre Stillstand und Rückschritt zugleich. Die einschlägige Selbsthaltungspflicht gebietet uns, weiterzuschreiten, nach einer neuen und besseren Formung unserer gewerblichen Zukunft Umschau zu halten, und zwar als „Pioniere der Arbeiterschaft“ frohgedem und alledem!

Praktische Vorschläge zu einer solchen neueren und besseren Formung unserer beruflichen und sozialen Verhältnisse wurden dem deutschen Buchdruckgewerbe schon im Mai v. J. in dem „Problem einer neuen Berufsverfassung für das deutsche Buchdruckgewerbe“* unterbreitet. Die in jener Schrift vorgeschlagenen Reformen sollen unter völliger Wahrung der Selbstständigkeit der Berufsorganisationen die Umwandlung der Tarifgemeinschaft in eine sozialisierte Berufsgemeinschaft ermöglichen und in absehbarer Zeit zu einer Befreiung des deutschen Buchdruckgewerbes von der privatkapitalistischen Diktatur führen. Alle vorhandenen Produktionsmittel sollen auf allgemeinvertragsrechtlicher Grundlage bei angemessener Verzinsung von der Berufsgemeinschaft unter Gesamthaltung übernommen und alle privatkapitalistischen Selbstmittel durch periodische Amortisation allmählich abgezinst und getilgt werden. Die Berufsgemeinschaft regelt und überwacht die rationellste Verwertung aller verfügbaren Produktionsmittel nach einheitslichen Grundrissen unter Ausnutzung aller technischen, kaufmännischen und organisatorischen Fortschritte sowie zweckmäßigster Eingliederung aller verfügbaren beruflichen Arbeitskräfte, und zwar der gelernteren wie der ungelerten. Das soziale Fundament soll durch gleichberechtigtes Mitbestimmungsrecht aller Berufsorganisationen im Produktionsprozeß wie in dessen Ertragsverteilung gelegt werden. Entlohnung und Preisberechnung sollen sich auf den Gesehungskosten einer auskömmlichen Lebenshaltung, der Material- und Verwaltungskosten für den Produktionsprozeß einschließlich Verzinsung und Amortisation nach einheitslichen Grundrissen für den Gesamtbereich der Berufsgemeinschaft aufbauen. Für jedes Mitglied der Berufsgemeinschaft soll neben gleicher Pflicht zur Arbeit ein gleiches und ununterbrochenes Recht auf Arbeit bestehen. Verminderung oder technische Erleichterung der Arbeitsmenge sollen durch periodische, einheitsliche Verkürzung der Arbeitszeit und durch entsprechende Preisregulierung ausgeglichen werden. Die Versorgung zeitlich oder dauernd arbeitsunfähiger Mitglieder der Berufsgemeinschaft wird unter Einrechnung der Ansätze aus der öffentlichen Sozialversicherung, für die die Berufsgemeinschaft auch die volle Beitragsleistung übernimmt, ohne Einkommensverlust für die Betroffenen von der Berufsgemeinschaft gedeckt als Teil ihrer persönlichen Produktionskosten. Die Organisation und Verwaltung der Berufsgemeinschaft stützt sich auf die gleichberechtigste Zusammenarbeit von beruflich gleichgestellten Betriebs-, Orts-, Bezirks- und Kreisverbänden, an deren Spitze ein Zentralverbandsrat steht, der sich gleich den regionalen Instanzen aus Vertretern der einzelnen Berufe wie der Bezirksorganisationen zusammensetzt und aus temporären Urwahlen hervorgeht. Öffentlich-rechtliche Überwachung durch Vertreter der Behörden zur Wahrung der Interessen der Auftraggeber des Buchdruckgewerbes sowie der allgemeinen staatlichen und wirtschaftlichen Interessen ist als selbstverständlich anzusehen. Nähere Begründungen und Erläuterungen aller dieser Reformvorschläge sind in der betreffenden Schrift enthalten, auf die hier nur der Kürze halber noch besonders verwiesen sei.

Alle diese Reformvorschläge stützen sich auf jahrzehntelange kritische Betrachtungen vieler sozialen und wirtschaftlichen Erscheinungen wie auf viele Erfahrungen aus der tarifgemeinschaftlichen Entwicklung im Zusammenhange mit jener der privatkapitalistischen Wirtschaftsform. Ein Zusammenhang mit den allgemeinen Sozialisierungsproblemen der Neuzeit könnte nur insofern als vorhanden anzusehen sein, als sich auch von außerhalb das Zeitgemäße solcher Reformen bestatigt. Die Schwierigkeit der praktischen Durchführung dieser Reformen wird ohne Zweifel groß genug sein; so daß Wollen und Können von vornherein auf eine mittlere Linie gestellt werden müssen, wenn überhaupt ein Vorwärtsschreiten möglich sein soll. Die gleichen Voraussetzungen waren aber seinerzeit auch bei Gründung der Tarifgemeinschaft gegeben. Auch sie wurde damals in weiten Kreisen als ein gefährlicher Sprung ins Dunkle, als eine Erdbebenfessel jeder Unter-

nehmerinitiative, als Grab der privatkapitalistischen Profitwirtschaft von fast allen Anhängern der letzteren verurteilt, verlästert und verfolgt. Trotzdem hat aber die Tarifgemeinschaft ihren moralischen Eroberungszug durch die deutsche Sozial- und Wirtschaftspolitik in der Vergangenheit gemacht. Und in den uns noch verbliebenen Resten der Tarifgemeinschaft sind immer noch kräftige Quadersteine vorhanden, die zu einer tragfähigen Brücke zum Übergang in die hier vorgeschlagene Berufsgemeinschaft zusammengesetzt werden können. Zunächst wird wohl die Schaffung und Durchführung eines Manteltarifs für das gesamte Buchdruckgewerbe im Zusammenhange mit weitestgehender Gesehmachung des Betriebsregelgesetzes eine solche Übergangsstufe sein können, die nach und nach zu dem sozialen Neulande hinüberführt, das in dem Problem der Berufsgemeinschaft der nach endlicher Befreiung aus privatkapitalistischer Sörigkeit sich sehenden Arbeiterschaft des deutschen Buchdruckgewerbes als erstrebenswertes Ziel sichtbar gemacht wurde.

Man mag es bezopft, verändert oder „aufgär“ schelten, daß hier für ein einzelnes und verhältnismäßig kleines Gewerbe ein besonderer Sozialisierungsplan aufgestellt und befürwortet wird, weil ein solches Problem angeblich nur durch die „Allgemeinheit“, das „große Ganze“ oder gar nur „von oben her“ durchgeführt werden müßte, könnte oder sollte; so darf uns dies nicht schrecken. Man mag ferner in politischen Aktionen ein größeres und wirksameres Heilmittel erblicken, so darf uns das aber auch nicht darüber hinwegtäuschen, daß jede Staats- oder Regierungsform immer nur erst Wirkung und nicht Ursache wirtschaftlicher und geistiger Grundlagen eines Volkes ist. Und daß alle Gesehe auf Sand gebaut sind, wenn ihr wirtschaftlicher Untergrund eben nur Sand ist. Alle Völker der Erde bilden wohl die Menschheit der Gegenwart, aber auch dieses „große Ganze“ ist verschieden nach Rasse, Sprache, Wirtschaft, Kultur usw. Und wenn z. B. die ersten Christen hätten warten wollen, bis alle Menschen Christen sind, ehe sie nach ihren Grundrissen zu leben begannen, dann hätten sie weder Götter noch sonstige Verfolgungen auf sich zu nehmen brauchen; vom Christentum wäre aber dann sicher heute keine Spur mehr vorhanden. Es ist schon so, daß aller kulturelle und wirtschaftliche Fortschritt aus dem Geseinendewirken ungleicher Faktoren geboren ist, und zwar seit Anbeginn der geschichtlichen Menschheit über Völker, Staaten, Stände und Klassen hinweg, bis hinunter ins Kleingefirbe von Mensch zu Mensch. Wer da warten will, bis alles ein Herz und eine Seele, über den wird der Strom der Zeiten, der geistigen wie der wirtschaftlichen Entwicklung hinwegweht, wie der Wältenland über die Wäudenmäler des alten Ägypten. Man verschone uns daher von rechts wie von links mit Sinneleien auf die undefinierbare Allgemeinheit oder auf die Gefahren mutvoller Selbsthilfe von unten auf. Wir hätten heute keinen starken Buchdruckereverband, wenn unsere gewerkschaftlichen Vorfahren gewartet hätten, bis alle andern Arbeiter von der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisationen überzeugt gewesen wären. Wir hätten keine Tarifgemeinschaft, wenn deren Schöpfer gewartet hätten, bis die sogenannte „Allgemeinheit“ von deren Zweckmäßigkeit überzeugt gewesen wäre. Und wir werden keine Sozialisierung des Buchdruckgewerbes erreichen, wenn wir warten wollen, bis sich die „Allgemeinheit“ darauf besinnen wird. Wir müssen schon selbst Hand anlegen, uns aus eigener Kraft zu helfen suchen; dann werden wir auch hier erst vorwärtskommen. Wir werden aber dadurch nicht nur uns, sondern wie in der Vergangenheit auch in Zukunft der allgemeinen Arbeiterschaft dienen und, wenn es denn einmal nicht anders sein kann, auch der sogenannten „Allgemeinheit“. Denn der prinzipielle wie wirtschaftliche Aufbau einer solchen Berufsgemeinschaft stellt keinen Reformplan dar, der nur für das Buchdruckgewerbe durchführbar wäre. Er kann in ähnlicher Weise von jedem andern Gewerbe oder jeder technisch enger zusammengehörigen Gruppe der gesamten Volkswirtschaft übernommen und durchgeführt werden, und zwar ohne größere Abhängigkeit von den übrigen Berufs- oder Erwerbszweigen. Das Problem der Berufsgemeinschaft bedeutet lediglich einen Umbau der privatkapitalistischen Wirtschaftsform in eine gemeinwirtschaftliche von unten auf und nicht von oben her.

Gewiß, ein einzelner wird eine solche Herkulesarbeit niemals allein leisten können. Aber wenn nur der größte Teil jener, für die die Lösung einer solchen Aufgabe von Nutzen sein wird, zu einheitslichem Wollen und Wirken zusammengefaßt werden kann, ohne daß die Kräfte zerpliffert werden, dann wird auch hier der Stein ins Rollen kommen, zumal wenn er schon wackelt. Napoleon wollte die Welt erobern, er ging daran zugrunde. Wilhelm der Große und seine Erbanen wollten es ihm nachtun und haben Deutschland ins tiefste Elend gestürzt. Wir aber wollen mit vereinten Kräften nur unser eigenes berufliches Heimland zu einer freien, menschenwürdigen Selbsthilfe für alle Berufsangehörigen mit gleichen Pflichten und Rechten ausbauen. Dazu kann uns weder eine Diktatur, noch eine illudionäre Allgemeinheit verhehlen, sondern nur eigenes, eintiges und gleichwertiges Wollen auf gemeinsamer

geistiger und wirtschaftlicher Grundlage. Diese Grundlage ist zu wesentlichen Teilen heute schon in unsern Verbänden vorhanden. Sie muß nur noch mehr gefestigt werden, und zwar in erster Linie durch die Proklamierung einer zeit- und linnngemäßen Willensrichtung durch unsere oberste gesehgebende Körperschaft in Nürnberg. Ihr fällt die große Aufgabe zu, diesen gorblichen Knoten zu lösen. Sie wird dazu imstande sein, wenn bei ihren Beratungen Bergangeheit und Gegenwart der Erkenntnis dienen, daß eben die eigenartige Lage des deutschen Buchdruckgewerbes und seine relativ engen Grenzen der Ertragsfähigkeit im Rahmen der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung eine durchgreifende Umgestaltung unseres gewerblichen Produktionsprozesses im Sinne des Sozialismus noch viel nötiger machen als für alle andern Gewerbe und Industrien, deren wirtschaftliche Ausbeute weit weniger Arbeitslasten und Kosten erfordert. Nicht darauf kommt es an, alle Einzelheiten eines solchen Umbaus jetzt schon festzulegen, sondern der Entschluß, der feste und einheitsliche Wille zu einer neuzeitlichen Zusammenfassung der wirtschaftlichen und sozialen Quellen des deutschen Buchdruckgewerbes soll auf das Banner gesehrieben werden, das von der historischen Arbeitermetropole Nürnberg aus den deutschen Buchdruckern für die Zukunft vor Augen schweben soll. Wird dann in Zukunft in diesem Sinne Herz und Hand der Kollegenschaft in Großstadt wie Provinz zu gemeinamer Arbeit noch enger verbunden, dann werden in absehbarer Zeit auch die letzten Schranken zu überwinden sein, die von privatkapitalistischer Seite einem solchen Neuaufbau der gemeinschaftlichen Produktion und Ertragsverteilung in unserm Gewerbe noch entgegengesetzt werden.

Nicht mit dem Rülfeug der Barbaren,
Mit Flint und Speer nicht kämpfen wir.
Es führt zum Ziel der Freiheit Scharen
Des Geistes Schwerdt, des Rechts Banner!
Leipzig. Karl Schaeffer.

Eine wichtige berufsgenossenschaftliche Tagung

Mitte Mai d. J. fand in Eisenach eine Sitzung des Vorstandes der Berufsgenossenschaft mit den technischen Aufsichtsbearbeitern und den Versicherungsverkefem statt. Zur Bechlussfassung lag ein Zusatzantrag des Vorstandes zu § 3 Absatz 1² zu den Unfallverhütungsvorschriften vor. Bekanntlich steht das Betriebsregelgesetz in §§ 66 Absatz 3 und 78 Absatz 6 als Aufgaben der Betriebsräte die Überwachung der Unfallverhütungsvorschriften und richtige Instandhaltung der Schutzvorrichtungen vor. Den Bestimmungen des Betriebsregelgesetzes trägt nun die Buchdruckerverberufsgenossenschaft durch folgende Bestimmung Rechnung:

In jedem Betriebe, der mindestens 20 Personen beschäftigt, sollen eine oder nach Art und Größe des Betriebes mehrere geeignete, von den Arbeitnehmern aus ihrem Kreise gewählte Vertrauenspersonen verpflichtet werden, sich vom Vorhandensein und der ordnungsmäßigen Benutzung der vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen (sowie Vorhandensein und Inhabhaltung der Verbandskästen)* fortlaufend zu überzeugen, vorgefundene Mängel dem Betriebsleiter zu melden, auf Grund ihrer Erfahrungen und Beobachtungen selbst Vorschläge zur Verbesserung der Schutzvorrichtungen zu machen, auch das Interesse ihrer Arbeitsgenossen für den Unfallschutz zu wecken sowie den mit der Überwachung betrauten staatlichen oder berufsgenossenschaftlichen Aufsichtsbearbeitern bei Betriebsbesichtigungen zu begleiten und durch Auskünfte und entsprechende Mitteilungen in der Erfüllung ihrer Aufgabe zu unterstützen.

Wo eine aus Wahlen hervorgegangene Vertretung der Arbeiter des Betriebes schon besteht, kann der Unternehmer allen oder einigen ihrer Mitglieder die obigen Rechte und Pflichten übertragen, so daß eine besondere Wahl nach Absatz 1 nicht erforderlich ist.

(In den Betrieben unter 20 Personen hat der Unternehmer auf Antrag der Versicherer einen derselben mit den obigen Aufgaben zu betrauen.)*

Durch die Annahme der vorstehenden Bestimmungen ist in der bisher üblichen Beschäftigungsweise eine grundlegende Änderung eingetrafen. Die Kollegen haben nunmehr Gelegenheit, mit den Aufsichtsbearbeitern direkt in Verbindung zu treten und auf Mängel und Unterlassungen im Betriebe hinzuweisen. Die früher oft nicht ganz mit Interesse geäußerte Aufficht, daß die Besichtigungen der staatlichen oder berufsgenossenschaftlichen Aufsichtsbearbeitern zwecklos seien, da sie stets in Begleitung des Unternehmers oder dessen Stellvertreters erfolgten, ist jetzt hinfällig. Es liegt nun an den Kollegen, daß die Unfallverhütungsvorschriften usw. so gehandhabt werden, daß aus dem toten Buchstaben lebendiger Geist wird.

Als zweiter Punkt hand zur Besprechung der Jahresbericht der technischen Aufsichtsbearbeitern für 1919. Die fünf Aufsichtsbearbeitern sind nunmehr alle wieder in Tätigkeit. In Stelle des ausgeschiedenen Aufsichtsbearbeitern Herrn Schirmer ist Dipl.-Ing. Giesecke getreten. (Herr Schirmer [München], der lange Jahre im Dienste der Genossenschaft stand, hat stets ein besonderes Interesse für die Unfallverhütung an den Tag gelegt. So hatte er in seinem Besichtigungsbezirke die Neuerung eingeführt, daß er bei

* Die eingeschlossenen Zusatzanträge der Versicherungsverkefem unter legen noch der Genehmigung des Reichsversicherungsamts.

* Das Problem einer neuen Berufsverfassung für das deutsche Buchdruckgewerbe. Auf der Grundlage einer sozialwirtschaftlichen Berufsgemeinschaft begründet und entworfen von Karl Schaeffer. Zu beziehen durch den Verlag des „Waldweg“-Verlages, der Deutschen Buchdrucker in Leipzig, Calomnistr. 8, zum Preise von 1 Mk. bei portofreier Zustellung.

der Betriebsbeschäftigung die in den einzelnen Abteilungen Beschäftigten zusammenzieht und ihnen die vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen kurz erläuterte und auf besonders große Gefahren hinwies. Anfanglich hatte er bei seinen kurzen Besprechungen die und da mit Widerständen der Unternehmer zu kämpfen, doch war dies in den letzten Jahren verschwunden. Herr Schirmer kann dankbarer Erinnerung in Versichererkreisen gewiß sein.)

Die Betriebsbeschäftigungen können leider noch nicht in dem Umfang vorgenommen werden, wie es die Genossenschaft für wünschenswert hält. Die Verkehrsbehinderungen bestehen ein Tempo, das den Beamten selbst an unerwünschten ist. Es wurden an 406 Beschäftigungstagen 1402 Betriebe mit 44004 Beschäftigten rodiert. Die Mängelliste ist wieder eine sehr umfangreiche. Das Fehlen der Warnungsscheine, Form und Walzen während des Ganges der Maschine nicht zu berühren, mußte in 1341 Fällen, das Fehlen von Schutzklappen zwischen Druck- und Plattenwalzen bei Rotationsmaschinen mußte in 102 Fällen und das Fehlen von Ständelschub usw. bei den Siegeldruckpressen mußte in 1061 Fällen gerügt werden. Welch große Gefahr für die gesunden Gliedmaßen liegt nicht in diesen wenigen Zahlen! Und nun vergleiche man einmal die Verhältnisse des Genossenschaftsvorstandes über die vorgekommenen Unfälle in den Betrieben, so wird man finden, daß es fast immer dieselben Unfallverhältnisse sind, wo die Mitarbeiter ihre gesunden Knochen verlieren. Wir wollen hoffen, daß die durch die Annahme der vorangehenden genannten Bestimmung vorgeschriebene Mitwirkung der Vertrauensleute auf dem Gebiete der Unfallverhütung eine gründliche Besserung eintrifft. Immer wieder müssen Kollegen auf den Selbstschutz der Unfallverhütungsvorschriften hingewiesen werden, daß Gewöhnung an Gefahr oft der Gefahren größte; Gewöhnheit, sie zu meiden, dagegen bester Schutz" ist.

Im dem Berichte der Aufsichtsbearbeiter wird noch darauf hingewiesen, daß Beibringe und jugendliche Personen unter 17 Jahren nicht an Flachdruckrotationsmaschinen beschäftigt werden dürfen (§ 9 Abs. 7).

Aus gegebener Veranlassung beschäftigten sich die Vertreter auch mit der Frage, wer die Verantwortung für die Inbetrieb- und Außerbetriebsetzung der Maschine trägt, wenn der verantwortliche Drucker nicht bei der Maschine ist. Einmütig wurde folgende Zusatzbestimmung zu § 25 angenommen, die bei späterer Änderung der Unfallverhütungsvorschriften mit aufgenommen werden soll:

Das Anlassen der Rotationsmaschine darf nur von dem Maschinenmeister selbst resp. von dem von ihm damit zu betreuenden Vertreter vorgenommen werden.

In allen Orten sollen sich die Kollegen mehr die Befehle der Lehrlinge und jugendlichen Hilfsarbeiter über die Unfallgefahren angelegen sein lassen und durch strenge Beobachtung der Unfallverhütungsvorschriften ein gutes Beispiel geben. Welches ist sich in den Fortbildungsschulen hin und wieder einmal eine Unterrichtsstunde erübrigen, die diesem Gegenstand gewidmet werden kann. Entweder der Fachschullehrer oder ein Druckerkollege kann durch aufklärenden Vortrag unendlich viel Gutes stiften. Allgemeinverständliche Vorträge über die Unfallgefahren im Buchdruckgewerbe mit Unterstützung durch Photographien über Körperverletzungen durch Unfälle an Buchdruck- und -hilfsmaschinen werden ja von der Genossenschaft sehr wieder aufgenommen. Ihre Kollegen sollten recht eifrig für den Besuch dieser Vorträge werden.

Aus dem Berichte wollen wir noch kurz folgende Fälle hervorheben: Ein Drucker, der durch unachtsames Handeln einen Mitarbeiter vor einer schweren Verletzung bewahrte, erhielt von der Genossenschaft 100 Mk. Belohnung; ein Druckerkollege, der für die Siegeldruckpresse einen verbesserten Schutz konstruierte, wird eine Anerkennung durch silberne Münze erhalten. Aber nicht nur Lob hat die Genossenschaft zu verteilen, sondern auch Buße. Ein Kollege, der trotz aller Warnungen es nicht unterlassen konnte, während des Ganges der Maschine einen Spieß herunterzubringen, erhielt 6 Mk. Strafe auferlegt. Auf eingelegte Berufung bei dem Versicherungsamt, daß das Anhalten der Maschine zu viel Zeit in Anspruch nimmt, wurde die Strafe auf 2 Mk. ermäßigt. Die Genossenschaft ging aber an das Oberversicherungsamt und setzte die Bestrafung mit 6 Mk. durch. Der Unternehmer beschwerte sich nicht über den Selbstverlust, wohl aber ist der Arbeitnehmer befohlen, daß der Proff um den Bruchteil eines Pfennigs geschmäht werden kann. Um das zu verhindern, legt er seine gesunden Gliedmaßen der Versicherung aus!

Von den Maschinenfabriken sind in letzter Zeit Neuerungen gebaut worden, die Beschädigungen der Hände zwischen Druckwalzen und Brückenwalze unmöglich machen, und ein Anhalten der Maschine durch gleichzeitiges Wirken verschiedener Bremsvorrichtungen erreichen lassen.

Alle Antragen der Versicherervertreter, die Unfälle im Gewerbe auf ein Mindestmaß herabzudrücken, werden vom Genossenschaftsvorstand und den technischen Aufsichtsbearbeitern mit Interesse entgegengenommen, berühren sich doch hier die Bestrebungen aller Teile in der Genossenschaft. Mögen nun auch die Kollegen in den Betrieben stets darauf bedacht sein, die Unfälle in unserm Beruf zu Seltenheiten werden zu lassen!

Hamburg. O. W. Reuther.

nach Beendigung des Generalstreiks, an denen sich die Kollegen zur Verfügung gestellt hatten, aber nicht beschäftigt wurden — teils wegen Fehlens von Strom und Gas, teils weil die Forderungen der Hilfsarbeiter und Buchdrucker noch nicht geregelt waren — ist vom Schiedsgericht mit Stimmgleichheit abgelehnt worden und wird das Tarifamt beschäftigt. Sodann wies Kollege Massini auf die vielen Stilllegungen von Druckereien hin, die für die Gehilfenchaft auf die Dauer eine wesentliche Einschränkung der Arbeitsmöglichkeit bedeuten. Im Falle des Stilllegens Mühlberg wurde auf Vorschlag des Maschinenmeistervereins Kollege Polzmann als Vertreter der Drucker in den Gausvorstand gewählt.

Bremen. 50 Jahre Mitglied des Verbandes war am 1. Juni unser lieber Kollege, der Seher Friedrich Brunken. Geboren in Bremen am 13. September 1851, beendete er hier am 1. Juni 1870 seine Lehre, um schon am gleichen Tage seiner Organisation beizutreten. Im Frühjahr 1874 griff er nach der Buchdruckerart zum Wanderschaften, um nicht nur die deutschen Gauen, sondern auch Deutsch-Österreich und Böhmen zu bereisen. Nach Bremen zurückgekehrt, berief ihn das Vertrauen seiner Mitarbeiter und Kollegen wiederholt auf Ehrenposten innerhalb der Organisation, die er stets gewissenhaft und zufriedenstellend ausfüllte. In der Jubilar, der schon am 1. April 1916 unter großer Teilnahme seiner Mitarbeiter und Kollegen sein 50jähriges Jubiläum feiern konnte, hat zwar in gesundheitslicher Beziehung durch die Mühe der letzten Jahre schwer gelitten, doch ist seine Verfassung immerhin noch eine solche, daß er seinen langjährigen Arbeitsplatz bei der Firma Karl Schöne-mann auszufüllen vermag. Anders wie herzlich gratulieren, wünschen wir unserm Veteran einen schönen Lebensabend!

Essen. Die am 10. April in Düsseldorf abgehaltene Generalversammlung der Maschinenlehervereinigung Rheinlands-Westfalens beschäftigte sich in der Hauptsache mit den Anträgen und der Aufstellung der Kandidaten zum Kongress der Kollegen. Besonders wurde gegen die Sonntagsgarbeits-Stellung genommen und gefordert, der Kongress möge für deren generelle Abschaffung eintreten. Daß die Montagsgarstellungen auch dann noch erdienen könnten, bewies Düsseldorf, wo seit Jahresfrist die Sonntagsgarbeits-Stellung infolge Vorgehens der Gehilfenchaft nicht mehr bestesse und die Zellungen trotzdem Montags vormittags gegen 10 Uhr, etwa drei Stunden später als früher, erschienen. Das Publikum habe sich hieran ohne weiteres gewöhnt. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt und auf Grund der beschlossenen Änderung der Statuten durch einen zweiten Vorsitzenden und zweiten Schriftführer ergänzt. Da die Versammlung wegen der schlechten Fahrgelegenheit am Sonntag auf einen Sonntagabend gelegt werden mußte, war der Besuch nur mäßig.

Gera. Ihre Versammlung am 15. April war zufriedenstellend beschuld. Unter „Bereinsmitteilungen“ gab der Vorsitzende die Antwort des Hauptvorstandes bekannt, die auf die Resolution unserer letzten Versammlung eingegangen war. Nicht Kollegen wurden einstimmig aufgenommen. Hieraus erstellten die Kollegen Schubert und Ranke einen ausführlichen Bericht vom Gauslage. Die beiden Redner entließen sich ihrer Aufgabe in vorzüglicher Weise. Die Versammlung war mit dem dort Beschlossenen einverstanden. Die Beleglisten ergab, daß 13 Lehrlinge ausstiegen und 10 eingestellt wurden. Im ganzen sind 36 Lehrlinge vorhanden. Aus dem vom Kollegen Pötenhauer erstellten Kartei-Bericht war zu entnehmen, daß die Karteibeiträge auf 1 Mk. pro Mitglied erhöht werden sollen. Auch hierzu erteilte die Versammlung ihre Zustimmung.

Kr. Kassel. (Maschinenlehervereinigung.) In unserer letzten Versammlung wurde lebhaft Klage darüber geführt, daß die Mergenthaler Schmalz-maschinen-gesellschaft die Befelierung der Erbschmalzmatrizen in einer nachlässigen Weise ausführt, die den Gehern das Arbeiten an der Maschine ganz besonders erschwert und geradezu verleiht. Viele Monate zurückliegende Bestellungen von Erbschmalzmatrizen sind bis heute noch nicht erledigt, und besonders unfällig ist es, daß gerade die am meisten gebrauchten Buchstaben e, n, i usw. nicht schneller geliefert werden, so daß es nachher unmöglich wird, den Betrieb aufrecht zu erhalten. Es wäre angebracht, daß sich die Behörden einmal dieser Sache annehmen und untersuchen, ob die Vermutung auf Wahrheit beruht, daß die Firma wegen des Nationallandes vorzugsweise ins Ausland liefert. Wenn es neben hier neben den Berufsinteressen doch wichtige nationale Interessen in Frage, die wahrzunehmen das Reichswirtschaftsamt alle Ursache haben dürfte, denn Reklamationen an die Mergenthaler Fabrik bleiben vielfach unberücksichtigt. Oder vielleicht gibt die Mergenthaler Fabrik Auskunft, wodurch diese langfristige Befelierung der Erbschmalzmatrizen begründet ist.

Münchsberg i. Pr. In der Monatsversammlung am 11. April gab nach Aufnahme dreier Mitglieder Vorsitzender Sannemann den Bericht vom Gauslage. Der Schriftführer und zwei Beisitzer zum Gausvorstande wurden einstimmig wiedergewählt. Den Delegierten zur Generalversammlung unseres Verbandes wurde aufgegeben, dort einen Beschluß herbeizuführen, der die Ungleichheit in der Bezahlung der Verheirateten und Ledigen aufhebt, worin dann die Gehilfenvertreter im Tarifausfluß ihre ganze Kraft einzusetzen haben. Unter Punkt „Offene Fragen“ wurde die Einstellung eines kriegsbeschädigten Kaufmanns als Korrektor in der Druckerei der „Ostpreussischen Zeitung“ erwähnt, die ohne Kenntnis des Arbeitgeberats erfolgt. Der Arbeitgeber hat sich nicht bedacht, daß unter Tarifausfluß. Der neue Arbeitgeberat wird, die erforderlichen Maßnahmen gegen diesen unbilligen Zustand zu er-

greifen. Der Beschäftigungsgrad war bisher ein guter. In der vorbergehenden Woche war sieben Kollegen in einer Druckerei wegen Arbeitsmangels gekündigt worden, was von der Veranlassung aus gegen die tariflichen und geschichtlichen Bestimmungen verstoßend bezeichnet wurde. Klage beim Tarifschiedsgericht ist eingereicht.

Leipzig. In der Gaumitgliederversammlung am 12. April, die sich vor allem mit der Aufstellung von Kandidaten zur Generalversammlung zu befassen hatte, wies Kollege Hesselbarth auf die reichhaltige Tagesordnung hin, die die diesmalige Generalversammlung zu erledigen habe, ging auf die dazu gestellten Anträge ein und sprach die Hoffnung aus, daß die Delegierten Mittel und Wege finden würden, den Verband als das zu erhalten, was er bisher war: eine Kampforaganisation. In der sich anschließenden Diskussion sprach sich Kollege Silber gegen die Anträge des Verbandsvorstandes aus und verurteilte die Haltung des „Storr“. Dem trat Kollege Dreßler entgegen und verwies darauf, was der Verband bisher geleistet. In längeren Ausführungen beleuchtete Kollege Blicher die gegenwärtigen politischen Verhältnisse, verurteilte die Haltung des Verbandsvorstandes und forderte die Kollegen auf, Rechenhaft von ihren Führern zu verlangen. Sollte die Generalversammlung dem Verlangen der Opposition nicht nachkommen, dann würde diese von vorn anfangen und neu aufbauen. Die Kollegen Hesselbarth und Dreßler mahnten nochmals zur Einigkeit. In einer vorausgehenden Vertrauensmännerversammlung war beschlossen worden, eine einheitliche Liste aufzustellen, auf welcher beide gegenwärtig in Leipzig bestehenden Richtungen vertreten sein sollten. Die Versammlung, in welcher die linke Richtung die Mehrheit hatte, lehnte diesen Vorschlag ab und stellte nur Kandidaten auf, welche, nach dem Ausdruche des Kollegen Gelle, sich auf die von ihnen gestellten Anträge verpflichten haben. Um die Not der arbeitslosen Kollegen wenigstens einigermaßen zu lindern, beschloß die Versammlung, einen wöchentlichen Ertragsbeitrag von 2 Mk. zu erheben, die den betreffenden Kollegen rellios zugute kommen sollen.

Regenb. Ihre am 10. April abgehaltene Versammlung erlebte sich eines guten Besuchs. Vorsitzender E. Schulz gedachte in ehrenden Worten des so schnell verstorbenen Kollegen Giffel und berichtete dann über den Verlauf des Generalstreiks, an dem sich sämtliche Kollegen beteiligten und tapfer bis zur letzten Minute ihren Mann stellten. In der daran anschließenden Ansprache wurde der Hoffnung-Ausdruck gegeben, daß ein derartiges einmütiges Zusammenhalten auch in Zukunft stets Platz greifen möchte. Nach Aufnahme einiger ausgelegter Kollegen und Erstattung des Kartei-Berichts hielt Kollege Gewalt einen Vortrag über die Reichsversicherungsordnung, der allgemeinen Beifall fand. Für die Errichtung des Jugendheims wurden 50 Mk. aus der Priskasse bewilligt. Das Johannisfest wird nach den Schritten des Komitees zum ersten Male wieder in alter Form gefeiert. Die letzten Feuerwerkszulagen gelangten hier gemäß des Schiedsgerichts zur Auszahlung, obwohl die Prinzipale Freibrich und Neusch in Breslau ihren Kollegen einen andern Auszahlungsmodus empfehlen zu wünschen glaubten.

Münchberg. (In die Teilnehmer des Maschinenleherkongresses.) Es diene zur Kenntnis, daß für Delegierte, die Kongress und zugleich Generalversammlung stellen können, diejenigen Hotelquartiere in Frage kommen, die bereits im „Storr.“ für Generalversammlungen Teilnehmer verpfändet wurden. Für diejenigen Kollegen, die lediglich Kongressteilnehmer sind, sind teils Privatquartiere, teils Quartiere in Gasthöfen bereitgestellt. Auch werden die Delegierten gebeten, die Zeit ihrer Ankunft in Münchberg den Kollegen August Göt, Münchberg, Tafelstraße 51, umgehend mitzuteilen. Alles Nähere bei Ankunft in Münchberg.

F. Stuttgart. (Maschinenlehervereinigung.) Die diesjährige Generalversammlung für den Gau Württemberg war aus der Provinz infolge der mäßigen Bahnverhältnisse nur sehr schwach besucht. Die Tagesordnung war sehr wichtig. Die Berichte der Funktionäre wurden mit Befriedigung aufgenommen und aufgegeben. Die Remunerationen und Sitzungsgelder wurden erhöht. Das Zusammenarbeiten mit dem Gausvorstande war ein sehr gutes. Der Austausch wurde in seiner Gesamtheit zur Wahl-mation wiedergewählt. Ein Antrag des Vorstandes, der die General- und Wanderversammlungen des Delegierten-Institutes einzuführen, wurde nach lebhafter Debatte von einer kleinen Mehrheit abgelehnt. Dagegen wurde ein Antrag, der die Wanderversammlungen abschafft und für die Generalversammlungen ebenfalls das Delegierten-Institut auf zehn Mitglieder ein Delegierten verlangt, mit der Zustimmung angenommen, daß darüber eine Urabstimmung stattfinden soll. Die Anträge zum Maschinenleherkongress wurden vom Vorsitzenden eingehend besprochen. Die Diskussion über den sehr wichtigen Bericht der Tarifvorberatungskommission mußte wegen vorgerückter Stunde auf die nächste Stuttgarter Versammlung verschoben werden. Zur Delegiertenwahl, die durch Urwahl vorgenommen werden muß, wurden zwei Kollegen von Stuttgart und zwei Kollegen von der Provinz vorgeschlagen.

Verschiedene Eingänge

„Deutscher Buch- und Steinbrucker.“ Monatlicher Bericht über die gesamten graphischen Künste mit der Zeitschrift „Graphische Künste“, 8. Heft, 26. Jahrgang. Preis jedes Heftes 2 Mk. 10. Jahrgang. Zu beziehen durch A. Hoyer, Berlin SW 47, Mühlentstraße 8.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Berlin. (Generalversammlung vom 14. April.) Vorsitzender Massini ging in seinem Situationsbericht kurz auf die Statistik ein, die bisher für die Bezahlung der Generalratsklage eingeleitet sind und hoffentlich zum Erfolge führen. Die Forderung der Bezahlung der Tage

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239
Briefadresse: z. B. des Geschäftsführers Herrn Paul Schllabs

Behandlung

Gemäß dem ihm vom Tarifausschusse gewordenen Auftrag, über Befehle und Industriegebiete des Kreises II eine Verändingung über Vorrechnung bereits gewählter besonderer Zulagen mit der neuen Teuerungszulage herbeizuführen, ist das Kreisamt am 28. Mai 1920 in Köln zusammengetreten und hat folgende Beschlüsse gefasst:

A.

1. Die durch den Tarifausschuss beschlossene und durch das Kreisamt am 13. Mai 1920 veröffentlichte neue Teuerungszulage für die Gehilfen tritt mit der ersten Rate im ganzen Kreise II mit Wirkung ab 31. Mai in Kraft.

2. Neben der unter 1. genannten, durch den Tarifausschuss beschlossenen neuen allgemeinen Teuerungszulage tritt für das besetzte Gebiet und für die Wirtschaftszweige des Kreises II an Stelle der bisherigen Sonderzulage ab 31. Mai 1920 eine neue Sonderzulage in Kraft in folgender Höhe: a) für Verheiratete 75 Proz., b) für Ledige 60 Proz. des Betrags der bisher für diese Gebiete in Geltung gewesenen Sonderzulage.

Für das Saargebiet beträgt die Sonderzulage 60 Proz. für Verheiratete und 70 Proz. für Ledige der bisher dabeifol in Geltung gewesenen Sonderzulage von 50 Mh.

Für die Städte Arnberg, Bielefeld und Münster beträgt die neue Sonderzulage für Verheiratete 50 Proz. und für Ledige 40 Proz. der bisher in diesen Städten in Geltung gewesenen Sonderzulage von 12 Mh.

3. Diese unter Ziffer 2. genannte Sonderzulage wird bei allen Ergänzungsleistungen (Aberstunden, Sonntagsarbeit, Anreiz-Gehälter u. dgl.) nicht berechnet.

4. Dieser Beschluss hat Gültigkeit bis zum 4. Juli 1920.
5. Am 6. Juli 1920 tritt das Tarifkreisausschussamt von neuem in Köln zusammen, um darüber zu beschließen, was in Rücksicht auf den alsdann im Verlaufe zu dem künftigen Verhältnisse vorzustehenden Stand der Teuerungsverhältnisse im besetzten und im Industriegebiete vom 5. Juli ab für diese Gebiete Geltung haben soll.

B.

Aus dem nachstehenden Tabelle ist ersichtlich, welche neuen Sonderzulagen und welche neue allgemeine tarifliche Teuerungszulage in den einzelnen Orten des besetzten und des Industriegebietes (das Industriegebiet wird begrenzt durch die in Nr. 54 der „Zeitungen Mithlungen“ bekanntgegebenen Wirtschaftszweige) auf Grund des vorstehenden Beschlusses vom 31. Mai bis 4. Juli zu zahlen ist bzw. was gegenüber dem bisher bezahlten Lohn an verheiratete und ledige Gehilfen mehr zu zahlen ist:

Ort	Befragter bisher. Sonderzulage	Befragte d. neuen Sonderzulage		Erste Rate d. neuen allgem. tarifl. Zulage	Mithlungen gegen bisher mehr zu zahlen vom 31. 5. bis 5. 7. 20	
		a) für Verh.	b) für Ledige		a) an Verh.	b) an Ledige
Saargebiet (30 bzw. 75 Proz.)	50,-	40,- 30 Proz.	35,- 70 Proz.	20,-	10,-	5,-
Köln	45,-	40,- b. bish. 33,75	27,-	20,-	8,75	2,-
Alle Orte m. mehr als 15 Prozent Volkzahlschlag	40,-	30,-	24,-	20,-	10,-	4,-
Alle Orte mit 10, 12 1/2, u. 15 Proz. Volkzahlschlag	27,-	20,25	16,20	15,-	8,25	4,20
Alle Orte mit 5 und 7 1/2 Proz. Volkzahlschlag	18,-	12,-	9,60	12,-	8,-	5,60
Alle Orte mit 0 und 2 1/2 Proz. Volkzahlschlag	16,-	12,-	9,60	10,-	6,-	3,60
Arnberg	12,-	6,-	4,80	12,-	6,-	4,80
Bielefeld und Münster	12,-	6,-	4,80	15,-	9,-	7,80

C.

Bezüglich der Sonderzulage für die Hilfsarbeiter konnte, da das Sitzungsalter geräumt werden musste, ein endgültiger Beschluss noch nicht gefasst werden. Es wurde deshalb eine Kommission von fünf Mitgliedern und fünf Beisitzern des Tarifkreisausschusses gewählt, die am Freitag, dem 4. Juni, in Köln über die Angelegenheit beraten und beschließen soll.

D.
Ferner stellt das Tarifkreisausschussamt aus Anlaß bestehender Meinungsverchiedenheiten fest, daß der Beschluss des Tarifkreisausschusses vom 31. März bezüglich der Rückführung früher bewilligter höherer Zulagen auf das Maß des tariflich Gültigen so zu verstehen ist, daß diese Verrechnung höherer Zulagen erst vom 12. April ab erfolgen sollte, wobei früher Gewährtes nicht zurückgerechnet werden dürfte.
Köln, 28. Mai 1920.

Tarifkreisausschuss für den Kreis II der Deutschen Buchdrucker.
Hans Bachem, Emil Albrecht,
Präsidialvorsitzender, Gehilfenvorsitzender.

Verbandsnachrichten
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Schamissoplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurjurist, Nr. 1191.

Gau Saffelen. Der Gau-tag findet am 14. und 15. August in Breslau statt. Einträge sind bis zum 15. Juli an den Gauvorsitzer einzuliefern.

Mannheim. Die vereidigten Funktionäre werden gebeten, dem in Karlsruhe aufgenommenen und von dort abgereisten Geheer Kurt Quander (ausgeschrieben in Nr. 51 des „Korr.“), geboren in Schwednitz 1876, ausgerufen dabeifol 1895, das Verbandsbuch abzunehmen und nach Darmstadt einzuliefern, da gegen die Aufnahme beschieben Proteste eingegangen sind.

Adressenveränderungen
Neumarkt (Dpf.). Kassierer: Adolf Klummann, Grünbaumwirts-gasse 6/0.

Veranstaltungskalender
Dresden. Verksamung Mittwoch, den 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Parnassus“, A. Hengertstraße.
Stuttgart. Sierochpauze- und Galvanoplatzhergeneral-versammlung Sonntag, den 20. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr, in der Kelleraulung Deeg, Kellenstraße 17.
Waldenburg i. Schl. Bezirksversammlung Sonntag, den 27. Juni, vormittags 11 Uhr, in Striegau. Einträge bis 17. Juni an den Vorsitzenden. (Siergu eine Beilage.)

Dritter Deutscher Korrektorentag in Nürnberg

am 12. und 13. Juni im Restaurant „Warkburg“, Am Weinmarkt
Freitag, 11. Juni, abends 7 Uhr: Empfang und Begrüßung der Delegierten.
Sonntag, 12. Juni, vormittags 9 Uhr: Eröffnung der Verhandlungen.
Sonntag, 13. Juni, vormittags 8 1/2 Uhr: Fortsetzung der Verhandlungen.

Die Delegierten werden ersucht, die Zeit ihrer Anwesenheit in Nürnberg dem Kollegen J. Ederer, Hallerstraße 30, mitzuteilen. Für Delegierte, welche zugleich Verbandsdelegierte sind, hat die Mittelbehörde Nürnberg Quartiere belegt. Treffpunkt bei Antritt ist das Vorzimmer des Fremdenverkehrsvereins im Hauptbahnhof, Mittelgung, rechts.
Die Zentralkommission.

Für Zweifelhafte „Windsbraut“ 1530
erfahrläufiger Maschinenmeister
gesucht. Wegen Wohnungsmangels können nur ledige Personen eingestellt werden. Schriftliche Angebote an
Aronachstraße 10, Drucker, Altdorf, Marktstraße 14.

Schriftgießer

Junge, tüchtige Komplexionsgießer werden für dauernde Position gesucht. Borengewogen werden solche Gießer, die auch Jullieren können. 1499
Offerten samt Zeugnisabschriften sind an die Graphische Kunstanstalt Karl Göbl Nachfolger, Bukarest (Rumänien), Strada Paris 16, einzuliefern.

Essen! Düsseldorf!
Rotations- und Flachdruckmaschinenmeister
vertraut mit zwei- und vierrollenmaschinen, Ziegel, Schnellpresse, Zweifluren, Bogenanleger König, Dux, Rotary, Universal, such Stellung in Essen oder Umgebung. Essen bevorzugt. Tüchtiger Holzgießer, Werk-, Platten-, Illustrations- und Rotationsdrucker. Im Dreifarben- und Vierfarbendruck nicht unerfahren. Angebote unter „Maschinenmeister“ befördert
5. Straße, Essen W; Kölner Straße 52.
[540] Westfalen!

Essener
Rotationsmaschinenmeister
für 32leilige Bänderrolle A. & B. Rotation, im Flachdruck erfahren, für sofort gesucht. Angebote mit Alters- und Gehaltsangabe sowie Zeugnisabschriften erbittet
Nameleche Buchdruckerei, Bären (Rhd.). 538]

Tüchtiger Geher nur für Russisch
sucht zum 12. Juni Stellung. [539
P. Morosoff, Berlin O 17, Oberstraße 7 II b. Fr. Claus.

Gleich wohin! Ledig!
Jünger fleißiger
Schriftgießer
(Schweizerdegen) sucht sofort oder später Stellung.
Off. Angebote unter P. F. 532 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Gute Agentur überallhin zu vergeben. Anfragen in Rückporto an ortsanfänglichen Buchdruckern an [497
Hermann Müllers, Sauer- und Wilmshäuser, Wismar i. M.

Werk- und Zeitungsmesseur, Tabellenfeger sucht sich bald in dauernde Position zu verändern. Werte Angebote unter K. K. 489 an die Geschäftsstelle d. Bl.
Einzugsanfragen an den „Storck-Verlag“ für den Deutschen Buchdrucker auf Postfachkonto Leipzig Nr. 61328

Jüngerer
Vindtypsetzer
(„Ideal“), durchaus selbständig, korrekt, mit dreijähriger Praxis, such Stellung. Mittel- und Süddeutschland bevorzugt. Angebote unter A. S. „Ideal“ 526 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Jüngerer, fleißiger
Maschinenmeister
bewandert in Zeitung, Holzbock, Werk und besseren Druckarbeiten, such sofort oder später Stellung.
Offerten erbeten an [533
Walter Wesselsfeld, Neubrandenburg, Lurmlstraße 34.

Der Schriftsetzer
im neuzeitlichen Druckereibetrieb
mit Anhang: Die Berufsprache des Schriftsetzers. 72 S. brosch. Portofrei 2,50 Mh. und 20 Brosch. Teuerungszulage 3/4. Selbst. Verkäuflich in Mauerstraße 37, Postfach 19039 Stuttgart.
In Beipalg: Jul. Meier, Verlag, in München: A. Siegel, Kolonnenbusstr. 1 IV. In Stuttgart: M. Rauch, Hohenzollernstraße 9. [400

Typographiemaschinen
Geschleife usw. repariert schnellstens und sorgfältig [172
Karl Hermann, Leipzig-Connewitz, Biedermannstraße 27.

Leisfadon zum Aufbau der Zurückstellung in allen Druckarten auf Schnellpresse u. Ziegel, geb. postfr. 3,20 Mh. Ratgeber u. Einleitung des Universal-Bogenanzüßers auf alle Papierarten, postfr. 2,30 Mh. b. Borelind, aber prätisch und Sie im neuen Zurück- und Arbeitsweisen. Ein. Schrift 2,90 Mh., geb. 3,90 Mh. (Nach. 30 Pf. n.) M. Rauch, Stuttgart, Hohenzollernstraße 9. Postfachkonto 15612. [69

Farbepasteln
Verfener, Durchschläge, Nagelheber, Punzen usw.
Verlag d. B.-V. d. D. B. GmbH
Leipzig / Selomonstraße 8 III
Postfachkonto 53430.
Fernsprecher 12789

Maschinenband
Friedensqualität, Heiern
Wagner & Hoff,
Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112. [67

Sobien wieder erschienen:
Webers Handlexikon
7. Auflage, 1 Band geb. 60 Mh.
10 Proz. monatliche Abzahlung
C. S. Otto & Co., Ber.-In-Verlagsteile.

Musikinstrumente
aller Art
hervorragende Güte
Max Dörfel, Klingenthal i. S.
Preislich 1/2.

10 Proz. monatl. Abzahlung
Klassikerbibliothek
23 Bände eleg. geb. für 388 Mh.
Chamisso 1 Bd. Goethe 4 Bde.
Kleist 1 Bd. Körner 1 Bd. [529
Lenau 1 Bd. Uhland 1 Bd.
Reisinger 2 Bde. Schiller 4 Bde.
Reuter 4 Bde. Schopenhauer 4 Bde.
C. S. Otto & Co., Berlin-Verlagsteile.

Empfehle meine als vorzüglich anerkannten Rauchwaren, als:
Rauchtabak, rein überfeilt, vom Gulen das Beste, in 3 Sorten: „Nankin“ 24,50 Mh., „Obeat“ 26,50 Mh., „Azulei“ 29 Mh. pro Pfund; ferner:
Zigaretten, sehr gute Marken, in der Preisliste von 60 Pf., 1 Mh., 1,10 Mh. und 1,20 bis 1,50 Mh. (Bestere Sorten Qualitätswaren!)
Zigarillos (die Zigarette der Zukunft), rein überfeilt, zum Preise von 45 und 48 Mh. pro 100 Stück. Jeder Raucher sollte eine Probe machen.
Zigaretten, reiner, ungefüllter Tabak (kein Ertrag), zu 20, 22, 26, 30, 35-50 Mh. pro 100 Stück (ohne Mundstück). — Gemahlte Rauchwaren von 120 Mh. ab franko!

Anerkennungsschreiben aus allen Gauen Deutschlands. Ein Versuch überaugl! Bandmuster werden nicht abgegeben.
Tabakverwand Donius
München, Schwankhallerstraße 63.

Teilzahlung
Uhren, Photoartikel, Musik-Instrumente, Schmecksachen, Bücher.
Kataloge amsonst u. portofrei liefern
Jonass & Co., Berlin A. 407
Bolle-Alliance-Strasse 7-10.

Blamabel
für jeden ist es, Fremdenbrief falsch zu gebrauchen oder falsch auszusprechen. Bestellen Sie daher noch heute Webers neuestes vollständ. „Fremdenbriefbuch“ mit genauer Bezeichnung u. Aussprache-beschrift. 1,85 Mh. Nachtr. extra. Buchverwand „Alpen“, Bielefeld b. Westf.

Am 31. Mai verstarb unser lieber Kollege, der Maschinen-fabrikant [537
Ferdinand Krup
am Hamburg, im 46. Lebensjahr. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Nach längerer Krankheit ver-schied in Essen am 28. Mai der in un-terem eigenen Stra-ße, hat her- alle Bekan- nahezu 40 Jahre frei zur Fahne des Verbandes gestanden. [536
Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.
Essener Buchdruckerverein.

Am 18. Mai verstarb nach langer, schwerer Krankheit unser lieber Mitglie, der Vindtypsetzer
Wilhelm Schmidt
im 36. Lebensjahre. [535
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
Brandenburgischer Maschinen-fabrikver-ein (Sih Bld.).

Am 30. Mai verstarb an Lungens- und Darmfieber unter lieber Mitarbeiter, des Grauens [527
Paul Balfing
genannt Schifer
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Verbandsmitglieder der Reichsdruckerei, Berlin.

Am 26. Mai verstarb nach langer Krankheit unser lieber Vindgie, der Maschinenmeister
Walter Kämpf
im Alter von 27 Jahren. Ein dauerndes Andenken bewahrt ihm [525
Ortsverein Halle a. d. S. Maschinenmeisterverein Halle a. d. S.

„Wirtschaftliche Nothilfe“ — der Weg zum Existenzminimum

(Nachdruck in jeder Form freigegeben)

I. Die Not

Der Tarifausschuss hat volle 2 1/2 Tage über die Höhe der neuen Feuerungszulage gestritten und ist am nächsten Nachmittag auseinandergegangen, ohne daß es zu einer Aussprache oder gar Beschlußfassung über den sachlich wichtigsten Antrag der Tagesordnung (C 2: Gründung einer Ausgleichskasse zur besonderen Unterstützung kinderreicher Familien) gekommen ist. Formell ist dieser Antrag zurückgestellt bis zu der für den Herbst dieses Jahres in Aussicht stehenden Tarifrevision. Und dabei wird auch dem Gleichgültigsten mit jedem Tag klarer, daß nicht mehr gedögert werden darf, um wenigstens der schlimmsten Lebensnot, sei es auch nur vorläufig und provisorisch, abzuhelfen. Die seit Februar erscheinenden Kassenmittelszahlen für die in Geld umgerechnete Höhe des Berliner Existenzminimums sind von Monat zu Monat in allen Einzelposten gestiegen, die seit Ende April vom Statistischen Amt der Stadt Leipzig wöchentlich herausgegebenen Teilleistungsangaben für Leipzig, die den Mindestbedarf an Nahrung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung angeben, wachsen von Woche zu Woche, und zwar in beiden Fällen in einem Tempo, daß in keinem Berufe die Löhne angeglichen werden konnten. Ein immer größer werdender Teil der auf Lohn (oder Gehalt oder überhaupt auf Geldeinkommen) angewiesenen Bevölkerung ist also gezwungen, weniger zu verbrauchen, als zur Erhaltung des Lebens notwendig ist. Die körperliche Widerstandsfähigkeit und der Gesundheitszustand, in den Großstädten vor allem, sinken zulebend; die Sterblichkeit, allmählich in allen Altersgruppen, steigt; alle statistischen Übersichten, von Amis wegen, d. h. vom Reich, von den Staaten, den Gemeinden wie von den Gewerkschaften zusammengestellt, zeigen dasselbe Bild. Und die Zahlen der Statistik geben ja nur die rechenmäßige genaue Größe. Daß wir nicht mehr, und mit jedem Tage weniger, das kaufen können, was zum Leben unentbehrlich ist, das sieht jede Hausfrau, die im Konsumverein ihre Lebensmittel für die Familie kauft, das sieht jedes Kind, das hungert ins Bett mit.

Bestellen wird diese unaufrichtliche Hungernot jetzt auch von niemand mehr. Aber das erschreckende Wort, das die Hilfe zur Tat, zur sofort einsetzenden, rettenden, helfenden Tat werden läßt, ist bisher nicht gefunden und hinausgerufen unter die Menschen, daß sie sich finden und einander in dem einen Ziel: das Leben, das harte Leben einander zu erleichtern und fragen zu helfen, sich beizuhelfen in der gemeinsamen Not. Den „Gehalt“ mit bittenden oder auch drohenden Worten zum Eingreifen auffordern und sich selbst mit untätigen Armen hinstellen und abwarten, was geschieht, ist dasselbe, als wenn in frommen Zeiten die Gläubigen zu ihren Öktern hinen und dann gebuldig das ihnen beschriebene Schicksal hinnehmen. Uns hilft niemand. Also helfen wir uns selbst.

II. Das Vorbild

Die Krankenkassen gewähren im Falle der Krankheit allen ihren Mitgliedern sowie wohl fast überall (nach Maßgabe der örtlichen Satzungen) auch deren Familienangehörigen, Krankenpflege von Beginn der Krankheit an; sie umfassen ärztliche Behandlung und Versorgung mit Arznei sowie... kleineren Heilmitteln“ (§ 182 der Reichsversicherungsordnung).

Das außerdem zu gewährenden Krankengeld (von dem der Kranke nebst seiner etwaigen Familie leben soll) ist abgesehen nach dem geleisteten Beitrage, steigt a. B. jetzt in Leipzig, obwohl doch das Existenzminimum für jedes Individuum eine bestimmte Größe hat, die nicht abhängig ist von dem verdienten Lohn und dem danach berechneten Krankenkassenbeitrag, in 15 Klassen von 1,20 Mk. bis 18 Mk. für jeden Wochentag. Und zwar wird in jeder Klasse das gleiche Krankengeld ausbezahlt, ob der Erkrankte nur für sich zu sorgen hat oder für eine zehnköpfige Familie. Bis zum 10. Mai d. J. schwankte das Leipziger tägliche Krankengeld in 9 Klassen von 1,20 Mk. bis 6 Mk.; die Höhe des Krankengeldes wird demnach noch langsamer dem Bedarf angeglichen als der Lohn und bleibt auch in der neuen Fassung selbst in der höchsten Klasse tief unter dem Existenzminimum eines alleinlebenden erwachsenen Menschen; an etwaige Familienangehörige ist überhaupt nicht zu denken. Es tritt also bei der Leistung des Krankengeldes die ganze Sinnlosigkeit und Verwahrheit unter jetzigen Verhältnissen so scharf hervor wie nirgends in unserer ganzen Volkswirtschaft.

Neben diesen mechanischen in Geld zu gewährenden Leistungen, die ihren ursprünglichen Zweck seit langem nicht mehr erfüllen, so wenig wie der Geldlohn, stehen nun die Sachleistungen der Krankenkassen, vor allem die Krankenpflege. Jeder Kranke erhält freie ärztliche Behandlung und vom Arzt eine Anweisung auf freien Bezug aller nötigen Arzneien, ob er nun Mitglied der 1. oder der 15. Klasse ist, ob also wöchentlich 0,72 Mk. oder 10,80 Mk. Beitrag für ihn bezahlt sind. Wird dem Kranken etwa gar die Kur und Verpflegung in einem Krankenhaus

ausgesprochen, so ist er für die Zeit seiner Krankheit persönlich vororgt. Ebenso ist es bei der Krankenpflege, die den Familienangehörigen eines jeden Erkrankten gewährt wird, gleichgültig, ob er der besten oder höchsten Klasse angehört, und jedes Familienmitglied hat Anspruch auf die freie Krankenpflege, unabhängig von der Anzahl der Angehörigen, die zu einem Erkrankten gehören.

Die Kräfte müssen, entsprechend den stetig steigenden Preisen, höhere und höhere Summen aufwenden für die Bezahlung an die Ärzte, die Apotheken, die Krankenhäuser. In den normalen Vorkriegszeiten kam bei den deutschen Krankenkassen mehr als die Hälfte der gesamten Krankheitskosten (einschließlich der Krankengelder) auf diese Leistungen. Der Anteil wird jetzt eher noch gesteigert sein, und so wird die Höhe der Wochensbeiträge (durch die ja zur Hauptlast die Gesamtausgaben möglichst gedeckt werden sollen) wesentlich bestimmt durch die Sachleistungen.

Die Regelung der Sachleistungen der Krankenkassen geschieht also nach folgenden zwei Grundbegriffen:

1. Die Leistungen der Kasse werden an alle Mitglieder und deren Familienmitglieder in gleicher Weise gewährt ausschließlich nach Bedarf.
2. Die Mittel werden von den Mitgliedern aufgebracht je nach ihrer Leistungsfähigkeit.

III. Die „Wirtschaftliche Nothilfe“

So wie in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, damals noch autoritativ durch Reichsgesetz, die Organisation der Krankenkassen geschaffen wurde, um die Kranken in ihrer Gesamtheit mit dem zu versorgen, was sie in ihrer Krankheit nötig haben, so ist es jetzt an der Zeit, daß wir uns zusammenschließen, ebenso wie bei den Krankenkassen in jeder Stadt, in jeder Gemeinde, zu Gemeinkassen, die die lebensnotwendigsten Bedürfnisse gemeinsam für alle verschaffen und allen zur Verfügung stellen. Damals mußten alle Einrichtungen von Grund auf neu gebaut werden, es gab kaum organisatorische Vorbilder, denen das Vorbild, das die Zukunft in sich barg, sich anfügen konnte. Es hat Mühe und Arbeit Jahrzehntelange gekostet, bis jetzt der Bau in einer Selbstverständlichkeit vor uns steht, daß der einzelne kaum je sich noch bewußt wird, auf welchen doch bis ins einzelne durchdrachten Wegen ihm die Hilfe wird, wenn die Lebensnot der Krankheit kommt, so wenig wie früher noch weiß, wie im Allman, wie im Verbauen der Nahrung das Leben in seinen Körper einströmt.

Heute können wir uns neue Organisations, die wirtschaftliche Nothilfe, nach fertigen, guten Plänen aufbauen. Nur so ist es ja auch möglich, daß die Hilfe schon in unserer jetzigen, schwerer und schwerer werdenden Not eingreifen kann, daß sie uns jetzt vor dem Verhungern rettet. Es handelt sich nicht darum, bis in die letzten Konsequenzen ein theoretisch makelloses Gebilde auszudenken, das dann systematisch und bedachtam Schritt für Schritt realisiert wird, sondern: hier ist das eindeutige Ziel, hier der bewährte Plan, nun heißt es den Richtweg schlagen, daß wir sofort die Verbindung mit dem Ziel herstellen; der Ausbau der Straße mag ruhigeren Zeiten überlassen sein. Es wird, so scheint mir, die Königsstraße des Sozialismus werden.

Ausgegangen ist von dem Allernotwendigsten: Jeder Mensch muß täglich eine von der ärztlichen Wissenschaft genügend genau bestimmte Menge Lebensmittel erhalten. Es ist eine unschwer zu lösende statistische Aufgabe (die ja während der Kriegszeitkontingierung immer wieder sich ergab), in jeder Stadt, Gemeinde usw. festzustellen, welche Mengen der einzelnen Nahrungsmittel nötig sind, um alle Bedürfnisse zu befriedigen. Ebenso ergibt sich der Preis.

In jeder einzelnen Gemeinde haben sich nun die auf Geldeinkommen angewiesenen Menschen zusammenzuschließen zu einer Versorgungsorganisation, die „Wirtschaftliche Nothilfe“ genannt werden mag. In Betracht kommen vor allem die Arbeiterklasse, Angehörige der Beamtenklasse. Da ist es das gegebene, daß die überall vorhandenen Ortsvereine der Gewerkschaften (aller Richtungen) für die Gesamtheit ihrer Mitglieder und deren Familienangehörige den Zusammenschluß vollziehen. Einzelmitglieder sind zulässig, es ist aber wünschenswert, daß möglichst jeder durch seine Berufsvereinigung angeordnet wird. In den Gewerkschaften ist namentlich die notwendige zahlenmäßige Übersicht über die vorhandenen Mitglieder und ihre Angehörige sowie über die Lohnhöhe am sichersten (weil ähnliches schon oft gemacht) zu erhalten.

Ähnlich wie in den Krankenkassen ein bestimmter Prozentsatz des (Klassenweise zusammengefaßten) Lohnes als Beitrag von den Mitgliedern wöchentlich eingezogen wird, ist auch in der „Wirtschaftlichen Nothilfe“ ein solcher (mit höherem Einkommen eventuell steigender) Prozentsatz des Einkommens von jedem zu erheben, bestes das Einkommen nun in Lohn, Krankengeld, Altersrente oder sonstigen Geldbezügen. Da die Beiträge eine bestimmte Höhe nicht überschreiten dürfen, weil ja jedem fürs erste ein Rest bleiben muß für die Existenzbedürfnisse, die noch nicht durch die „Wirtschaftliche Nothilfe“ befriedigt werden, so wird sich vielleicht bei der Berechnung herausstellen, daß (da die Gesamtheit der Löhne usw. zu gering ist)

die Mitgliederbeiträge nicht ausreichen, um die Gesamtausgaben zu decken. Das Gebende ist vorerst (bis die Löhne usw. reguliert sind) von den Gewerkschaften aus ihren Vermögensbeständen zu ergänzen: Die seit Jahrzehnten angesammelten Gewerkschaftsvermögen, so vorwiegend wie möglich auf Zinseszins angelegt wie sonst ein Kapital, haben Jahr für Jahr an ihrem wohlgeordneten Teile das Arbeitseinkommen verkleinert, die Arbeiter „ausgebeutet“. Sie werden als „Kampfbonds“ in dem Maße ummäßig, als durch die „Wirtschaftliche Nothilfe“ jeden mehr und mehr alle Bedürfnisse garantiert werden, auch für den Fall eines (immer zweckloser und unnötiger werdenden) Streiks. In der „Wirtschaftlichen Nothilfe“ angelegt, betreffen diese Gelder eine Entlastung der sozialistischen Wirklichkeit, während sie bisher (man sprach nicht gern davon) rein kapitalistisch-geldwirtschaftlich arbeiteten.

Der Geldverkehr der „Wirtschaftlichen Nothilfe“ sowohl mit den Mitgliedern wie mit den Lieferanten kann wie in den Krankenkassen fast ausschließlich durch Überweilungsbefehl, also bargeldlos vor sich gehen.

Die Anweisungen auf „Kreos“ Bezug der zugeordneten Existenzmittel sind, etwa in der Art unserer jetzigen Lebensmittelkarten, wegen der größeren Gleichförmigkeit der Bedürfnisse schmalformatig auszufallen als in den Krankenkassen die individuellen Rezepte, erfordern also einen geringeren Apparat. Die Ausbündigung kann durch die Einzelgewerkschaften an ihre Mitglieder gegeben, Einzelbedürfnisse lassen sich ohne Schwierigkeit sofort befriedigen, wie ja jetzt auch in besonderen Fällen Schwarzarbeiterzulagen, Zuteilungen an Hochbeteiligte, Kranke, Schwangere, stillende Mütter stattfinden.

Die Verteilung der Waren findet wie bisher in den vorhandenen Läden statt. Anzustreben ist, der Vereinfachung der Verrechnung und der glatteren Bestell- und Einkaufsregelung wegen, die Großorganisation etwa in der vorbildlichen Art der großstädtischen Konsumvereine mit ihren Sonderorten zur Verteilungstellen. Aber auch die Krankenkassen müssen in der Regel bis jetzt noch mit den einzelnen Apotheken abrechnen.

Daß die „Wirtschaftliche Nothilfe“, sobald erst die Hungerbefriedigung geregelt ist, alsbald die Versorgung ihrer Mitglieder mit den weiteren Lebensbedürfnissen in die Hand zu nehmen hat und ohne organisatorische Umgestaltung durchführen kann, braucht kaum noch gesagt zu werden: Stoffen, Kleidung, Kausrat, auch Wohnung lassen sich vielleicht noch einfacher im großen Verteilen als die Nahrungsmittel. Und das eine derartige allumfassende Organisation, wenn sich erst die örtlichen „Nothilfen“ zu Bezirks-, Landes-, Reichszweckverbänden (wie die Krankenkassen) zusammengeschlossen haben, mit ihrer Kaufkraft in die Produktionsregelung eingreifen wird und muß, daß sie zu entscheiden haben wird über die Preise, d. h. die Löhne, Unternehmergewinne usw., sei auch nur kurz erwähnt.

Der Weg ist da. Gehen müssen wir ihn gemeinsam. Er rettet uns aus der jetzigen Not, er führt uns dem Ziele zu, das wir erstreben mit allen unsern Sinnen: der Gemeinamkeit des Lebens, dem Sozialismus.

Leipzig.

S. Roll.

Warum muß man freigewerkschaftlich organisiert sein?

Eine bestimmte Art von Kollegen hängt ganz von dem Willen ihrer geschäftlichen Umgebung ab: dem Prinzipal, Geschäftsführer, Faktor, Metzger oder von sogenannten geschäftsfähigen Kollegen. Diese Entscheidung trifft nicht nur bei Neuanstellungen ein, sondern auch bei Stellen, die bereits mehrere Jahre im Geschäft tätig sind. Wohl gemerkt: Es kommen für dieses Thema alle Arbeiterkategorien in Frage, jedoch ein Buchdrucker behandelt die Frage eben unter Buchdruckern.

Während ich diese Zeilen niederschreibe, steht mir das krasse Bild eines Brichens meines Bezirkes vor Augen, in dem ein dortiger „Maschinenfaktor“ sich ganz dem Willen des Geschäftsführers anpaßt — und schließlich auch dem Verbands des Richtigen hehrt; ein anderer Kollege sich dem Vorgehen seines „Herrn und Meisters“ anschließt; ein dritter wiederum dem Einflusse des letzteren unterlag — weil — ja, weil ihnen „dauernde Konditionen“ auch ohne den Verband zugesichert wurde. Das Gebahren des „Maschinenfaktors“ fiel seit längerer Zeit auf. Nicht als „Novemberproletariat“, sondern als „Novembergewerkschafter“ hat er während des Kapp-Putsch zu erkennen gegeben, daß nicht der Verband, sondern die „neue Regierung“ für ihn maßgebend sei. Im November 1918 hatte er jedoch, weil er sich keine eigene Meinung bilden bzw. diese äußern konnte, aus Eurcht vor der „roten Flut“ seine Aufnahme in den Verband erwirkt.

Wenn ein Mensch einer Organisation angehört, muß er auch wollen, daß er sich mit dem Augenblick seines Beitritts einem gewissen Zwang unterwerfen, also zum Teil den eigenen Willen aufgeben muß. Willensschwache Elemente sollten sich daher in geeignete Bücher vertiefen,

